



Die 'Freiheit' erscheint morgen und nachmittags am Sonntag und Sonntagmorgen. Der Anzeigenpreis beträgt bei einer Anzeigenszeit von 100 Zeilen 100 Mark. Bei längerer Anzeigenszeit ermäßigt sich der Preis. Die 'Freiheit' ist in allen Buchhandlungen und Postämtern zu beziehen. Berlin NW 6, Schiffbauerdamm 19 III. Verleger: Ernst Nordens 2495 und 2496.

Abende sollen die abendliche Kompensationsrate über dem Normen 75 Pf. Meines Bezugs das tägliche Wort 20 Pf. jedes weitere Wort 20 Pf. Leinwandzuschlag 50 %. Bei Familien- und Veranlassungen ist der Zuschlag fort. Preise für den darauffolgenden Tag müssen spätestens bis 5 Uhr nachmittags bei der Expedition aufgegeben sein. Expedition: Berlin NW 6, Schiffbauerdamm 19. Verleger: Ernst Nordens 2495.

Freiheit

Berliner Organ der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Jahrgang 2

Donnerstag, den 27. Februar 1919

Nummer 105

Einberufung einer Bergarbeiterkonferenz.

Immer weitere Ausdehnung.

Immer weiter greift der Streik in Mitteldeutschland um sich. Der tiefe Groll, den das ablehnende Verhalten der Regierung zur Sozialisierung bei den Arbeitern hervorgerufen hat, bricht jetzt ungestüm hervor. Der Streik hat seinen Ausgang von Halle nahm, hat sich jetzt bereits bis nach Magdeburg ausgedehnt, er ist in den meisten thüringischen Orten ausgebrochen, das Leipziger Wirtschaftsgebiet hat sich ihm angeschlossen und jeden Augenblick kann die Nachricht weiteren Umfanges des Generalstreiks eintreffen.

Die Ursachen der Bewegung liegen in der Nichtanerkennung der Bechen- und Betriebsräte durch die Regierung. Sie hat diese wirtschaftliche Forderung der Arbeiter, die von der ganzen Masse getragen wird, nicht erfüllt und die Arbeiter durch Verschleppung und zuletzt durch die direkte Wegnahme ihrer Forderungen an der Erfüllung in den offenen Konflikt hineingetrieben. Dieses Verhalten der Regierung ist um so unverantwortlicher, als sie bereits aus den Erfahrungen im Ruhrgebiet wußte, daß die Arbeiterkraft auf der Anerkennung der Bechen- und Betriebsräte und der Durchsetzung des Beginns der Sozialisierung beharrt. Der Zustand von früher, daß die Arbeiter willenslos die Ausbeutungsobjekte der Kapitalisten sind, hat ein Ende. Selbst Bürgerliche sehen ein, daß das Verlangen der Arbeiterkraft nach Anerkennung der Arbeiterkräfte erfüllt werden muß und daß nur dadurch das Wirtschaftsleben in Gang gebracht werden kann. Aber die „sozialistische“ Regierung weigert sich dem zu entsprechen. Sie will keine Sozialisierung, obwohl nur durch sie Ruhe im Wirtschaftsleben heraufzubringen wäre.

Dieser Verrat der sozialistischen Regierung hat der Bewegung, die ursprünglich nur rein wirtschaftliche Forderungen aufzuweisen hatte, einen politischen Charakter gegeben. Die Arbeiter sehen, daß diese Regierung keine Sozialisierung will.

Sein besonderes Kennzeichen erhält der Generalstreik durch die Beteiligung der Eisenbahner. Die Eisenbahner, die bisher abseits gestanden von wirtschaftlichen und politischen Kämpfen, sind erwacht. Auch sie haben erkannt, daß die jetzige Regierung nicht imstande ist Deutschland aus der Krise herauszuführen, sondern daß das Volk mit dem Bürgertum die größte Gefahr für die Zukunft der Revolution ist.

So sieht sich denn die Regierung einer geschlossenen Front aller Arbeiter in Mitteldeutschland gegenüber. Während sie in Weimar daran arbeitet, die Ministerliste so zu verketten, daß auch die Bürgerlichen zufriedengestellt sind, erleidet ihre Macht durch die Arbeiter einen Stoß nach dem andern.

Streik der Eisenbahner in Magdeburg.

Magdeburg, 26. Februar. Die Werkstätten- und Lokomotivarbeiter des Hauptbahnhofes legten heute mittag die Arbeit nieder. Der Zugverkehr erlitt starke Störungen.

Sozialisierung des Bergbaus!

Die „Reuenerkommission“ für die Vorbereitung der Sozialisierung des Bergbaus beruft für den 6. März eine Konferenz zur Reorganisation der Reuenerkommission nach Essen mit folgender Tagesordnung: 1. Bericht über die bisherige Tätigkeit; 2. Bericht über die Sozialisierung des Bergbaus; 3. Diskussion; 4. Neuwahl der Reuenerkommission.

Je 1000 Mann einer Belegschaft sollen einen Delegierten schicken.

In der Verhandlung der Einberufung heißt es unter anderem: „Es wird von einem Teil der Führer der Reichssozialisten und der Bergarbeiterverbände versucht, die Reuenerkommission zu sprengen und das Werk der Sozialisierung des Bergbaus zu hintertreiben. Wir sind indessen überzeugt, daß die

Arbeiterkraft fest entschlossen ist, an der Sozialisierung festzuhalten. Die Reuenerkommission wurde ins Leben gerufen durch einen Beschluß der Konferenz der A- und S.-Räte. Heute sind die Dinge so weit gediehen, daß das Werk der Sozialisierung nur gefördert werden kann, wenn die Leitung in die Hände von Männern gelegt wird, die das unbedingte Vertrauen der Bergarbeiter haben.“

Der Generalstreik in Leipzig.

Leipzig, 27. Februar. W. L. B. meldet: Der gestern beschlossene Generalstreik ist heute früh in Wirklichkeit getreten. Die Straßenbahn hat den Betrieb eingestellt. Es gibt weder Gas noch Elektrizität. Der Leipziger Bürgerausschuss erläßt in den bürgerlichen Blättern Aufrufe an die Leipziger Kaufmannschaft, Handwerkerzunft, städtischen und kantonalen Beamten, Ärzte, Apotheker, Rechtsanwälte und Lehrer und fordert sie auf, sich dem Streik anzuschließen. Der Leipziger Hauptbahnhof ist in der vergangenen Nacht vollkommen geräumt worden, auch die Wirtschaftsräume sind geschlossen; die Eingänge zum Hauptbahnhof sind von Matrosen besetzt.

Für die Nachricht, daß Seeger als Vorsitzender des A- und S.-Rates zurückgetreten sei, liegt bisher keine Bestätigung vor. Auch ist nichts über die etwaigen Gründe seines Rücktritts bekannt.

Generalstreik in Heilbronn.

Stuttgart, 26. Februar. Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ meldet: Nach einer kommunikativen Versammlung auf dem Marktplatz hat die württembergische Regierung die beiden Referenten der Versammlung Dr. Levi und Schulz aus Berlin verhaften und aus Württemberg ausweisen lassen, auf Grund einer Verordnung, wonach Nichtwürttembergern ohne Paß in Württemberg kein Aufenthalt erlaubt ist. Die Unabhängigen bei den Daimler-Motorenwerken in Unterfranken veranlassen eine Kundgebung. Sie stellen die Arbeit ein und beschließen, im ganzen Industriegebiet Stuttgarts Arbeiterverbände zu berufen, um die Vereinigung der Arbeiter auf revolutionärer Grundlage herbeizuführen. Die Arbeiter der Daimler-Motorenwerke fordern die sofortige Freilassung der politischen Verhafteten und protestieren gegen die Ausweisung ihrer Genossen Levi und Schulz. Sie verlangen ferner die sofortige Aufhebung des Belagerungszustandes. Vom Arbeiter-Rate in Heilbronn wurde unter Zustimmung der Gewerkschaften für heute der Generalstreik proklamiert.

München vor der Entscheidung.

München, 26. Februar. Die Beilegung Einers vollzog sich bei vollkommener Arbeitsruhe. Die Arbeiterkraft Münchens beteiligte sich mit einem ungeheuren Aufgebot. Die Beilegung erfolgte ohne jede Störung.

Jugo Haase, Barth, sowie Kautsky waren anwesend. Die Stadt ist ruhig und erwartet die folgenschweren Entscheidungen, die morgen der Landesarbeiterrat über die zukünftige Verfassung Bayerns fällen wird, mit großer Spannung. Die Gruppe sozialistischer Akademiker in München hat beschlossen, drei Vertreter in den Münchener Arbeiterrat zu senden und gleichzeitig alle Beziehungen zu den Studentenvereinigungen abzuknüpfen. Eine Beschlusnahme des Zentralrates befaßt: Sämtliche modernen militärischen Schusswaffen mit Munition sind sofort an die Stadtkommandantur abzuliefern. Im Besitz von Waffen dürfen nur sein: Soldaten der aktiven Truppe im Dienst, die republikanische Schutztruppe im Dienst, die zur Arbeiterwehr gehörigen Volksgenossen, Arbeiter, Soldaten- und Kameradenräte, Polizeibeamte und die im Widerstand stehenden Volksgenossen. Der Verkauf von militärischen Waffen wird mit Todesstrafe geahndet.

Der Mann, der den Anschlag auf den Minister Auer verübt hat, ist verhaftet. Er ist Mitglied des revolutionären Arbeiterrats und gehört dem Spartakusbunde nicht an.

Die Krisis im Ruhrgebiet.

Aus dem Ruhrgebiet wird uns geschrieben:

Die Krisis im Ruhrgebiet hat zwei Ursachen, eine liegt in den wirtschaftlichen Verhältnissen, die andere in den politischen. Im ersteren Falle verlangen die Bergarbeiter die Beschleunigung der Sozialisierung. Die politische Frage wurde durch das provokatorische Herbeirufen von Regierungstruppen ins Ruhrgebiet aufgeworfen.

Vor einigen Wochen wurde im Ruhrgebiet eine Kommission von neun Personen gebildet aus je drei Reichssozialisten, Unabhängigen und Kommunisten, um die Sozialisierung des Bergbaus vorzubereiten. Die außerordentlich schlechte wirtschaftliche Organisation der Bergarbeiter machte die Einführung der Sozialisierung sehr schwierig und gab den mehrheitssozialistischen Elementen im Bergarbeiterverband die Möglichkeit, die Bewegung zu lenken. Zum Beispiel war bis zur letzten Woche nicht ein einziger Betriebsrat innerhalb der Bechen erwählt worden, dessen Aufgabe es hätte sein sollen, die Kontrolle der Unternehmer kurzzuführen und die Sozialisierung vorzubereiten.

Die Arbeiterräte waren fast ausschließlich ernannt worden von den lokalen Parteioptionen während der ersten Tage der Revolution und hatten daher absolut keine Fühlung mit den Massen. Politische Macht in den verschiedenen Teilen des Ruhrgebietes hängt nicht so sehr von den Wahlen der Arbeiterräte durch die Bergarbeiter als von dem Kampf zwischen den bewaffneten Truppen der einen Partei gegen die anderen. Die erste Bedingung zur Wiederherstellung ruhiger Zustände im Ruhrgebiet ist, daß die Reuenerkommission unterstützt wird von ordentlich gewählten Betriebs- und Bechenräten. Die Reuenerkommission schlägt vor, daß in jedem Bezirk Bechenräte erwählt werden sollen, welche einen Bezirksbechenrat bilden sollen. Diese Bechenräte sollen einen Zentralbechenrat erwählen für das ganze Ruhrgebiet zum Zweck der Kontrolle der Bergunternehmer und der Einführung der Sozialisierung.

Ein Komitee, bestehend aus drei Personen aus der Mitte der Reuenerkommission, wurde nach Weimar geschickt, um die Einwilligung der Regierung für diesen Plan zu erhalten. Die Regierung war bereit, die Bildung von Betriebs- und Bechenräten zu gestatten, um die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Arbeiter zu regeln, lehnte es jedoch ab, die Kompetenz des Zentralbechenrates zur Regelung der Sozialisierung anzuerkennen. Statt dessen schlug die Kommission die Schaffung von Arbeitskammern vor, in denen die Unternehmer und Beamten der Regierung zu gleichen Teilen vertreten sein sollten. Diese Kommission sollte die Vorbereitung der Sozialisierung in Angriff nehmen. Die Bergarbeiter waren jedoch der Meinung, daß eine solche Kommission schon durch ihre Zusammensetzung arbeitsunfähig sein würde.

Während diese Verhandlungen vor sich gingen, gingen Regierungstruppen an, in das Ruhrgebiet einzuziehen. Das rief sofort eine große Unruhe unter den Bergarbeitern hervor, welche anfangen, den Generalstreik in Erwägung zu ziehen. Die Mehrheitspartei, welche bis jetzt die Durchführung der Sozialisierung durch die Reuenerkommission unterstützt hatte, begann ihren bisherigen Standpunkt zu verlassen und einige ihrer Führer verlangten die sofortige Einrückung von Regierungstruppen, um „Ruhe und Ordnung“ herzustellen. Es wurde sofort eine Konferenz von den Kommunisten nach Wülfrath einberufen, auf welcher der Generalstreik beschlossen wurde. Diese Konferenz war einberufen worden ohne Wissen vieler führender Mitglieder der Partei. Diejenigen, die die Verantwortung für die Einberufung der Konferenz trugen, schienen die Absicht gehabt zu haben, die Parteigenossen vor vollendete Tatsachen zu stellen.

Andererseits war keine Streikorganisation vorhanden, keine Flugblätter. Diese Konferenz fand am Sonntag, den 10. Februar, statt. Am folgenden Dienstag fand eine Konferenz der Arbeiter- und Soldatenräte des Ruhrgebietes in Essen statt, welche vor der Tatsache des

Generalkommando stand, der von einem Teil der kommunistischen Partei proklamiert war. Die Mitglieder der Reichspartei verurteilten die Konfession zu sprengen, indem sie eine Resolution einbrachten, die forderte, daß der Generalkommando sofort eingestrichelt und die „bewaffneten Verbände“ entwaffnet würden. Nachdem diese Resolution nicht angenommen war, verließ die Mehrheit den Saal. Die unabhängigen Sozialisten haben sich dann entschlossen, mit den Kommunisten den Generalkommando durchzuführen, stellen aber die Bedingung, daß die Verhandlungen mit dem Generalkommando in Münster für einen friedlichen Abschluß fortgesetzt würden.

Zu gleicher Zeit wurden zwischen der Reichspartei und dem Bergarbeiter-Verband geheime Verhandlungen mit dem Generalkommando angeknüpft, wobei die Einrückung der Regierungstruppen in das Ruhrgebiet gefordert wurde. Die Leiter des Bergarbeiter-Verbandes, die sehr starken Einfluß in Bochum und Gelsenkirchen hatten, legten den Streikenden nahe, die Arbeit wieder aufzunehmen, indem sie auch versprochen, daß die Reuere-Kommission ihre Arbeit fortsetzen würde. Die Reichspartei und die Leiter des Bergarbeiter-Verbandes wußten ganz genau, daß die Regierung es abgelehnt hat, die Kompetenz der Reuere-Kommission bei der Durchführung der Sozialisierung anzuerkennen; aber die Arbeiter wußten das nicht und auf Grund dieses Versprechens gingen sie in vielen Bezirken zur Arbeit zurück. In dieser Zeit hat der Oberbürgermeister in Essen mit einigen Leitern des Bürgervereins Schritt unternehmen bei dem Generalkommando in Münster zur Zurückziehung der Regierungstruppen und zur Durchführung von Verhandlungen mit dem Streikkomitee. Ebenfalls waren am Freitag, vor der zweiten Konferenz des Arbeiter- und Soldatenrates in Essen, folgende Bedingungen vom Generalkommando in Münster gestellt:

1. Der sofortige Abbruch des Generalkrieges, 2. die Auslieferung der Waffen, 3. die Wiederherstellung der Pressefreiheit, und 4. die Freigabe des beschlagnahmten Privatvermögens.

Vom Generalkommando wurde versprochen, die Regierungstruppen nach Lippe zurückzuziehen. Die Bedingungen des Generalkommandos wurden vom Arbeiter- und Soldatenrat angenommen. Es ist nun die Frage, ob auf beiden Seiten die Bedingungen erfüllt werden. In Hamm und Düsseldorf, die vollständig in Händen der Kommunisten sind, ist es noch nicht sicher, ob die Waffen ausgeliefert werden. Auch in mehreren Punkten des Ruhrgebietes rücken die Regierungstruppen nach vor.

Seit Abbruch des Generalkrieges herrscht im Ruhrgebiet vollständige Ordnung. Auch in den Orten, in denen die Kommunisten an der Macht sind, ist alles ruhig. Die Arbeiter sind in die Gruben zurückgegangen, nachdem ihre Leiter ihnen erklärt haben, daß die Sozialisierung durchgeführt wird und die Regierungstruppen abziehen. Wenn diese Bedingungen nicht durchgeführt werden, so sind weitere Unruhen zu erwarten. Die erste Aufgabe ist nun, die Organisation der Betriebs- und Gewerkschaften aufzubauen als wirtschaftliche Organe; ihre zweite Aufgabe ist die Neuwahl der Arbeiter- und Soldatenräte als politische Organisation.

Zusammenbruch der nationalökonomischen Lage.

Nachdem vor einigen Tagen die russische Regierung offiziell erklärt hat, daß sie nicht daran denke, einen Anmarsch auf Deutschland zu unternehmen, erklärt jetzt die Regierung der tschecho-slowakischen Republik in einer offiziellen Kundgebung dasselbe. Die Alarmnachrichten, heißt es darin, über einen vorbereitenden Einfall des tschecho-slowakischen Heeres in Galizien und Sachsen entbehren jeder Grundlage, die Abschließung der Grenzen ist eine bloße defensive, von wirtschaftlichen Rücksichten, distanzierte Notwendigkeit. An irgendeiner Ueberstreichung der Grenze durch tschecho-slowakische Heere wird nicht gedacht.

Wir haben sofort, als diese Nachrichten auftraten, auf ihrer Unzuverlässigkeit hingewiesen. Sie hatten ja nur den Zweck, die Notwendigkeit der Erhaltung des Großen Hauptquartiers, die Unmöglichkeit der Demobilisierung zu betonen und die Anwerbung der Arbeitswilligenkorps zu rechtfertigen.

Ein Architektur-Programm.

Von Bruno Taut.

Die Kunst — das ist eine Sache, wenn sie da ist. Heute gibt es diese Kunst nicht. Die zerrissenen Mischungen können sich nur zur Einheit zusammenfinden unter den Flügeln einer neuen Baukunst, so daß jede einzelne Disziplin im Bauen wird. Dann gibt es keine Grenze zwischen Kunstgewerbe und Plastik oder Malerei, alles ist eins: Bauen.

Unmittelbarer Träger der geistigen Kräfte, Gestalter der Empfindungen der Gemeinschaft, die heute schlummern und morgen erwachen, ist der Bau. Erst die vollständige Revolution im Geistigen wird Neues Bauen schaffen. Aber nicht von selbst kommt diese Revolution, nicht dieser Bau. Beide müssen gewollt werden — die heutigen Architekten müssen den Bau vorbereiten. Ihre Arbeit an der Zukunft muß öffentlich ermöglicht und unterstützt werden.

Deshalb:

I. Stärkung und Sammlung der ideellen Kräfte unter den Architekten.

Unterstützung baulicher Ideen, welche über das bloße Ansehen der Sammlung aller Volksträfte im Stande des Bauwesens einer besseren Zukunft anstreben und den sozialen Charakter der Architektur aufzeigen, sogenannte „Utopien“. Vergabe öffentlicher Mittel in Form von Stipendien an radikal gerichtete Architekten für solche Arbeiten. Mittel zur verlegerischen Verbreitung, zur Anfertigung von Modellen und für ein gelegentliches Experimentiergelände (in Berlin: Tempelhofer Feld) auf welchem die Architekten große Modelle ihrer Ideen errichten können. Hier sollen auch in naturgroßen vorübergehenden Bauten oder Einzelteilen neue bauliche Wirkungen, z. B. des Glases als Baustoff, erprobt, vervollkommen und der großen Masse gezeigt werden. Der Baue, die Frau und das Kind führen den Architekten weiter als der bekannte Fachmann. Kostenausgleich durch das Material eingesparter Denkmäler, abgebrochener Siegesdenkmäler usw. sowie durch die Beteiligung der mit den Versuchsbauten zusammenhängenden Industrien.

Entscheidung über die Verteilung der Mittel durch einen kleinen, zur Hälfte aus sozialistischen Architekten, zur Hälfte aus radikal gesinnten Laien bestehenden Rat. Wird keine Einigung erzielt, so entscheidet ein aus ihm gewählter Rat.

II. Volkshäuser.

Bestimnt großer Volksbaukasten, nicht innerhalb der Städte,

sondern auf freiem Land im Anschluß an Siedlungen. Gruppen von Bauten für Theater, Musik mit Interaktionshäusern und dergleichen, Vorleben einer langen Bauzeit, deshalb Anfang nach großartigem Plan mit geringen Mitteln.

Auswahl der Architekten nicht durch Wettbewerb, sondern wie oben.

Der Stolz der sozialen Republik soll in diesen Volkshäusern ein Sinnbild finden. Sie sollen der erste Versuch der Einigung zwischen den Volksträften und den Künstlern sein. Und sie können nicht in der Großstadt stehen, weil diese, in sich marschierend, einmal ebenso verschwinden wird wie die alte Macht. Die Zukunft liegt auf dem neu erschlossenen Lande, das sich selbst ernähren soll (nicht „auf dem Wasser“).

Endendorff ist wieder da.

Die reaktionäre Presse huldigt ihm und er hat bereits in einem langen Interview seine Ansicht über den Ausgang des Krieges kund getan. Der langen Rede kurzer Sinn ist der: daß nicht er irgend eine Schuld am Zusammenbruch trägt, sondern das deutsche Volk. „Nur es noch länger ausgehalten“ — — — nun man kennt diese Melodie schon und auch den Text. Jene gewisse Tatsachen zu seiner Entlastung weiß er nicht vorzubringen. Wo sollte er sie auch hernehmen?

Die „Berliner Volkszeitung“ schreibt zu diesem Interview: Die Telegraphen-Union, die mit auffälliger Geistesfreiheit und merkwürdiger guter Unterriedung schon verschiedene Lebenszeichen Endendorffs in die Presse gebracht hat, baut hier eine Treppe, auf der der General unaußföhrlich wieder in die deutsche Öffentlichkeit gelangen soll. Wer hinter diesem Manöver steht, ist unklar, aber zu erkennen. „Man“ hält die Stunde für gekommen, um den Boden für gewisse Aktionen vorzubereiten. Darum ermahnt uns mehr als je die Pflicht, das Treiben auf der Seite der Bankrotteure mit gespannter Aufmerksamkeit zu verfolgen.

Das können wir nur unterschreiben. Aber leider ist ja die „spannende Aufmerksamkeit“ der Regierung auf ganz etwas anderes gerichtet. Sie hat nur einen Gedanken: die Arbeiterschaft mit kostlos Mitteln zu „beruhigen“. Deshalb blüht der Weizen der „Bankrotteure“.

Die Organisation von Arbeitswilligen-Korps.

Das offizielle Organ der Regierung, die „Deutsche Allgemeine Zeitung“, weiß von einem neuen Plan zu berichten, der in Weimar ausgearbeitet wird. Es schreibt:

„Wie wir hören, ist die Bildung besonderer Arbeiter-Freiwilligen-Korps beabsichtigt. Zu diesen Korps sollen Arbeiter angeworben werden, die sich freiwillig bereit erklären, Arbeiten besonders im Bergbau und in der Landwirtschaft zu übernehmen. Die Korps sollen unter den Befehl besonderer Führer gestellt und nach bestimmten Regeln organisiert werden. Man geht von dem Gesichtspunkte aus, daß es unbedingt nötig ist, dafür zu sorgen, daß die Arbeitsfreudigkeit in der Arbeiterklasse noch möglichst gehoben wird, und daß man über einen gewissen Kreis von Arbeitern verfügen kann, die arbeitswillig und bereit sind, die nötigen Arbeiten zu übernehmen, die unbedingt gelöst werden müssen, um unser Wirtschaftsleben weiterführen zu können.“

Nun ist es bekannt, daß in der Arbeiterklasse ein hartes Bedürfnis nach einem eigenen Heim herrscht. Es ist deshalb vorgesehen, den Freiwilligen, die sich zum Dienst in den Arbeiterkorps melden, nach einer gewissen Dienstzeit ein eigenes Heim auf eigenem Boden zur Verfügung zu stellen. Es sollen zu diesem Zwecke aus den Sparnissen, die die Freiwilligen von ihren Lohnbesüßen machen, Fonds gebildet werden, die für jeden einzelnen bereitgehalten werden. Je nach der Höhe des Lohnes, den der einzelne erspart hat, wird dann von der Regierung ein Zuschuß gegeben werden, der es dem Freiwilligen ermöglicht, die Wirtschaft auf dem eigenen Grund und Boden anzufassen. Voraussetzungslos wird es gelingen, auf diesem Wege den Arbeiter-Freiwilligen-Korps einen festen Stamm von Arbeitswilligen zu schaffen, der genügt, um den Arbeitermangel, der sich heute überall fühlbar macht und der so viele Störungen unseres Wirtschaftslebens bedingt, zu beseitigen.

Ob auch die Arbeiter hierbei mitmachen werden? Wir

sondern auf freiem Land im Anschluß an Siedlungen. Gruppen von Bauten für Theater, Musik mit Interaktionshäusern und dergleichen, Vorleben einer langen Bauzeit, deshalb Anfang nach großartigem Plan mit geringen Mitteln.

Auswahl der Architekten nicht durch Wettbewerb, sondern wie oben.

Der Stolz der sozialen Republik soll in diesen Volkshäusern ein Sinnbild finden. Sie sollen der erste Versuch der Einigung zwischen den Volksträften und den Künstlern sein. Und sie können nicht in der Großstadt stehen, weil diese, in sich marschierend, einmal ebenso verschwinden wird wie die alte Macht. Die Zukunft liegt auf dem neu erschlossenen Lande, das sich selbst ernähren soll (nicht „auf dem Wasser“).

III. Siedlungen.

Einheitliche Leitung in der Weise, daß ein Architekt weitgespannte Leitfähigkeit ausstellt und danach die sämtlichen Projekte und Bauten prüft, ohne damit im einzelnen die persönliche Freiheit zu behindern. Vorrat dieses Architekten.

Zurücktreten des Formalen grundsätzlich hinter das Bauwirtschaftliche und Praktische, keine Scheu vor dem Abwärtsschreiten, aber auch nicht vor der — Farbe.

IV. Sonstige Bauten.

Kein Unterschied zwischen öffentlichen und privaten Bauten solange es freie Architekten gibt, gibt es nur freie Architekten. Bevor es keine Regierungsbaumeister gibt, braucht es keine Regierungsbaumeister zu geben. Öffentlich wie Privatbauten kann jeder bauen. Aufträge aber durch Wettbewerbe, die nicht anonym sind, deren Bewerber durch einen Rat eingeladen und preisgekrönt werden; keine unbezahlten Entwürfe. Bekannte Architekten wenden sich zur Einladung an den Rat. Die Anonymität ist durch die erkennbare künstlerische Handschrift der erfolgreichen Architekten wertlos. Vorrat, wie Stadtbauräte u. dgl., nur zu stülischen Bauleitung. Vorrat, wie Stadtbauräte u. dgl., nur zu stülischen Bauleitung. Vorrat, wie Stadtbauräte u. dgl., nur zu stülischen Bauleitung.

Nur solche Architektenkorporationen haben dafür und sonst Geltung und werden staatlich anerkannt, innerhalb deren das Prinzip der gegenseitigen Hilfe reiblos durchzuführen ist. Von ihnen aus wird die Ausführung der Baupolizei. Nur die gegenseitige Hilfe macht eine Gemeinschaft fruchtbar und tätig. Sie

weit ist es mit einer „sozialistischen“ Regierung gekommen, wenn sie sich eine Garde von „Arbeitswilligen“ schaffen muß.

Gefangenenlager Havelberg.

Ganz unverantwortlich hauen die Grenzschutztruppen unter der Beobachtung der Provinz Polen. Jeder, der einen polnisch klingenden Namen führt, ist ihnen von vornherein verdächtig und wird, wenn er sich irgendwie mißliebige macht, verhaftet. Nach authentischen Berichten, die uns vorliegen, haben diese Hölle gefangenen, deren Verhaftung sich oft auf die hilflosesten Gründe stützt, eine ganz unerhörte Behandlung zu erdulden.

In vielen Fällen werden sie, nur auf das Notdürftigste bekleidet, in Holzspannlinien und ohne Kopfbedeckung aus ihren Häusern fortgeschleppt. Tagelang fährt man mit ihnen auf den Bahnhöfen hin und her, von einer Garnison zur anderen, bis sie endlich in den meisten Fällen im Gefangenenlager Havelberg landen. Aber auch dort bessert sich ihr Los keineswegs. Ausreichende Kleidung wird ihnen nicht verabfolgt. Die Verpflegung ist völlig ungenügend. Das Essen, das man ihnen vorsetzt, spottet jeder Beschreibung. So haben viele von den Gefangenen unsere Gemütskräfte mit Tränen in den Augen, für Abhilfe zu sorgen, weil sie sonst verhungern müßten. Das ist nicht übertrieben. Handelt es sich doch bei den Gefangenen in vielen Fällen um Kranke, alte Leute, schwangere Frauen und unermüdete Kinder.

Diese Zustände sind vom menschlichen Standpunkt aus unerträglich und verlangen gebieterisch nach Abhilfe. Wir möchten aber nicht unterlassen, auch auf die politische Seite der Sache hinzuweisen. Auf Grund welcher Gesetze will man diese Gefangenen aburteilen? Will man sie als Polen als Bürger einer kriegsführenden Macht behandeln, oder nach dem Strafgesetzbuch? Offenbar ist man sich bei den maßgebenden Stellen darüber selbst noch nicht klar. Denn nicht einer der Insizierten, die bereits wochenlang die Quälereien des Gefangenenlagers erdulden müssen, ist bisher vernommen worden. Nicht eine Untersuchung ist erfolgt, nicht eine Anklage erhoben.

Was beabsichtigt die Regierung zu tun? Will sie ihre unsinnige Polenpolitik auch auf diese Einzelfälle anwenden? Es liegt auf der Hand, daß das nur wiederum ein von polnischer Seite herbeigeführtes Eingreifen der Entente zur Folge haben würde. Will aber die Regierung nicht in ihre alten Fehler verfallen, so bleibt ihr nichts übrig, als diese Opfer der Willkür der Grenzschutztruppen so bald wie möglich zu befreien.

Wir erhalten zu demselben Thema eine Zuschrift, die es von einer anderen Seite beleuchtet:

Ende Januar wurde der Telegraphist E. K. aus Koblitz bei Weitzsch von seinem Erbschaftsbesitzer entlassen, nachdem er längere Zeit an einer Verwundung im Lazarett gelitten hatte. Er beschloß sich nun heimlich auf den Marsch in die lang ersehnte Heimat, hatte aber die Rechnung ohne den Grenzschutz gemacht, der ihn in Schwiebus festnahm. Er wurde nach dem Kriegsgefangenenlager in Havelberg gebracht, wo er hungernd und frierend den Tag des Wartens für sein jüdisches Dienstzeugen lernt. Hier waren seine Schwere wegen unwürdiger Unterbringung und unzureichender Verpflegung erfolglos. Der Lagerkommandeur ging auf eine dementsprechende Anklage gar nicht ein, teilte aber mit, daß der Internierung Grund unbekannt sei und bewies an das 5. Armeekorps. Die Antwort des Generalkommandos liegt seit dem 10. Februar aus.

Spiegel an der Arbeit.

Die „Kölnische Volkszeitung“ veröffentlicht folgende Erklärung:

„Es wird seit einiger Zeit durch Spiegel der Arbeiter-Garde Mißbrauch mit dem Namen des „Kölnischen Soldatenbundes“ getrieben. Diese würdigen Helfer der Regierung Ober-Scheidemann geben so weit, von sich aus Gruppen unter dem Namen „Kölnischer Soldatenbund“ zu organisieren. Sie bilden Zentralstellen und versuchen unter anderem auch mit der Behauptung, Vertreter des „Kölnischen Soldatenbundes“ zu sein, Fühlung mit den revolutionären Arbeitern und Organisationen der kommunistischen Partei zu bekommen.“

So sieht sich z. B. eine in Köln gegründete Berliner Ortsgruppenzentrale aus 6 Spiegeln zusammen. Wir warnen daher aufs dringlichste vor diesen Elementen und geben bekannt, daß unsere Vertreter mit den revolutionären Arbeitern und

ist wichtiger als die Zahl, die nicht bedeutet ohne den sozialen Zusammenhang. Sie bildet den unklügelnden und damit unklügelnden Wettbewerb aus.

V. Architektenerziehung.

Korporationen haben die Entscheidung über Erziehung, Verfassung und Aufsicht von technischen Schulen, Wahl der Lehrer zusammen mit den Schülern. Praktische Arbeit auf dem Bau. In den hochschulischen kein künstlerischer, sondern nur technischer Unterricht. Technische Einheitschulen. Die künstlerische Erziehung in den Bureaus der Architekten, je nach Wohl der jungen Leute und der aus diese auszubildenden Architekten. Allgemeine Bildung je nach Neigung und Vorkenntnissen in Volkshochschulen und Universitäten.

VI. Architektur und die anderen Künste.

Ausgestaltung der Ausstellungen durch Architekten in vernünftigen Formen: leichte Bauten auf öffentlichen Plätzen und Anlagen an verkehrsreichen Stellen, vollständig und quasi jahresmarkant. Ausgiebige Organisation von Plakaten und Bildbannern zu allen Bauten, um sie von der Solankunst abzubringen, gegenseitige Interessenscheidung zwischen Architekt und „Künstler“. Demnach auch Einführung der Architekturlehrenden in die schöpferische „neue Kunst“. Nur der Architekt hat Bedeutung, der das Gesamtgebiet der Kunst überblickt und die radikalen Veränderungen der Malerei und Plastik versteht. Nur er wird die Einheit des Ganzen herbeiführen helfen.

Die härteste Stellung des Architekten im öffentlichen Leben bei Befolgung wichtiger Bemerker und dergleichen wird sich von selbst aus der Durchführung dieses Programms ergeben.

„Die Stadtkrone“ heißt ein bei Eugen Diederichs in Jena erscheinendes Werk des bekannten Architekten Bruno Taut, welches das Bauen endlich als Menschheitsaufgabe unter dem Gesichtspunkt der Idealgestaltung behandelt. In 72 Bildnissen zeigt es wunderbare Vorbilder aus der Bauarchitektur, die neuartigen städtischen Verhältnisse, namentlich der „Krone“ in diese Linie und in Verbindung des Verfassers ein Beispiel, wie sich heute die sozialen Wünsche in großartigen Bauten kristallisieren könnten. Die Lehren Paul Scheerbarts erschließen dem Bild den weiten Horizont des umfassenden architektonischen, der „Krone“ „Aufbau“ von Reich Baron gibt den Untergrund des Geistes in unserem sozialen Willen, während Adolf Schöne in der „Wiedergeburt der Baukunst“ den Zusammenhang aller Künste und Ideen notwendig zusammenführt im Bau aufdeckt, wie er in jeder alten Kultur war und in unserer neuen wiederkommen muß.

Soldaten nur über die Zentrale ihrer Organisationen Führung nehmen.

Alle in der letzten Zeit uns zugesprochenen Putsche und Putschversuche sind ausschließlich das Werk dieser Spiegelorganisation, deren Beschlüsse und Absichten merklich früher schon vorher in der bürgerlichen Presse ausführlich behandelt werden.

Die Götter Roske haben also eine doppelte Aufgabe: 1. durch Beschäftigung revolutionärer Arbeiter und Soldaten ihre „Mächtigkeit“ und 2. durch provozierte Putsche dem bürgerlichen Spiel der Existenzberechtigung der Weisgardisten zu beweisen. Hand in Hand mit diesen Putschen arbeitet die gesamte bürgerliche Presse einschließlich des „Vorwärts“.

Wir haben es nicht notwendig, unsere Kräfte in derartigen Putschversuchen zu verzeihen und vertrauen als revolutionäre Sozialisten getrost der lebendigen Entwicklung. Trotz Spiegeln, bürgerlicher Presselemente und Weisgardisten geht die proletarische Revolution ihrem Siege entgegen.

Die Tätigkeit der Roste-Spiegel.

In Ergänzung ihrer Enthüllungen über das Treiben der Spiegel aus dem Eden-Pavillon in Leipzig schreibt die „Leipziger Volkszeitung“:

Der Rostspiegel Hartung, dessen Taten in Leipzig wir an der Hand omitteten Materials ins rechte Licht gesetzt haben, ist in Halle verhaftet worden. Es ist ein junger Bursche von lockerem Lebenswandel, der sich durch die Lockung des Geldes verführt, auf die Bahn eines gemeinen Rostspiegels begeben hat. Aus seinen Angaben geht hervor, daß er direkten Auftrag hatte von einem Hauptmann Hirsch vom Artillerieregiment n Halle. Er hat für sein sauberes Handwerk bisher insgesamt 270 Mark erhalten.

Die Offiziere der Artillerie in Halle bilden eine gegenrevolutionäre Reichswehrkader. Sie senden von sich aus Rostspiegel aus, sie lassen radikale Sozialisten gewaltsam verschleppen. Am vergangenen Freitag haben sie in Halle eine besonders gemeine Schurkenart ausgeübt. Ein Mann wurde der Leiter der Sicherheitswache in Halle, unser Genosse Ferschland, zum Gerichtsgebäude der 8. Division bestellt. Im Vorraum des Gerichtsgebäudes wurde er von 15 Mann, die bis an die Zähne bewaffnet waren, festgenommen, gefesselt, in ein Auto gebracht und fortgeschleppt. Es ist festgestellt, daß die Fortschleppung veranfaßt worden ist von den Offizieren des Artillerieregiments in Halle. Der Genosse Ferschland ist zunächst nach Berlin ins Eden-Hotel gebracht worden, von dort nach Weimar Mar beschuldigt ihn, daß er „spartakistische Putsche“ habe anstellen wollen.

Roske erklärte auf telefonische Anfrage, daß er von dieser Verhaftung nichts wisse. Das ist auch nicht nötig. Die gegenrevolutionären Offiziere arbeiten ohne ihn, indem sie sich seiner Rostspiegel bedienen. Man möge nur den Versuch machen, den Genossen Ferschland unter Anklage zu stellen, dann wird die schamlose Rostspiegelwirtschaft vor dem Gericht ins rechte Licht gesetzt werden können.

Die Anschuldigung gegen den Genossen Ferschland ist purer Unsinn. Man hat ihn gewaltsam festgenommen und weggeschleppt um die halbeschen Sicherheitsstruppen des Heeres zu beruhigen der für Ruhe und Ordnung sorgte, um so den Weg frei zu haben für schamlose Gewalttaten in Halle. Es ist festgestellt, daß der rechtssozialistische Abgeordnete Thiele um diese Spiegeltätigkeit wußte. Er gebietet demnach zu jener Clique von gegenrevolutionären Offizieren und Rostspiegeln, die die Stütze der neuerrichteten Herrschaft der Bourgeoisie sind.

Die Antwort auf diesen Schurkenstreich geben den Roske und Genossen die streikenden Bergarbeiter des mitteldeutschen Bergreviers.

Scheidemann als Hamster.

Der Leipziger Volkszeitung wird geschrieben: „Den im Auftrage des Landratsamts und des A. und S.-Rates Wittmund tätigen Kontrollleuten fiel am 14. d. M. ein Sergeant mit einer schweren Kiste auf. Sie trug die Adresse Heimatschutz Berlin. Der Ausweis des Sergeanten lautete: Fritz Sander, Generalkommando“

Sozialisierung der Schule.

Es hat sich ein Arbeitsausschuß gebildet, der den Plan einer freien Volksschulgemeinde für Proletarier vertritt, die kein reines Bildungsprogramm verwirklichen, sondern für die kommende Sozialisierung der Wirtschaft vorbereitende Arbeit leisten will. Der Plan, der dem Kultusministerium vorliegt, wird von Kurt Ruffe dargestellt in der sozialistisch-pädagogischen Wochenzeitschrift, die der Unterstaatssekretär im Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung, Dr. W. Baage, unter dem Titel „Die neue Schulbildung“ herausgibt.

In einem programmatischen Leitartikel dieser neuen Zeitschrift heißt es: „Die erste Voraussetzung für die Demokratisierung und Sozialisierung der Schule ist die Schaffung eines neuen Schulorganismus. Die Einzelkinder-Schule mit Förderklassen für Begabte, mit weichen Unterrichtsmaßnahmen für Unbegabte muß jetzt durchgeholt werden. Der ausgeprägte Charakter der höheren Schule, der sich erst mit der Entwicklung des Kapitalismus im 19. Jahrhundert herausbildete, ist das Gegenteil dessen, was für die neue Erziehung gefordert werden muß.“

Das sozialistische Erziehungsprogramm will die Freimachung und Pflege aller Kräfte im jugendlichen Alter, damit er sich gleichgültig zu einer vollkommenen Persönlichkeit wie zu einem wertvollen, sich an dem Kulturfortschritt bewußt beteiligenden Gliede der menschlichen Gesellschaft entwickle.

Antibolschewistische Axtschliffe.

Anallig große Vialate, die in abhörender Häufigkeit über Nacht an allen Mauern und Wänden sich vermehren, sollen jetzt die Mittel gegen den Bolschewismus sein. Mit den lächerlichen Schreihäutern aus dem antibolschewistischen Kampferlebnis wird aber nicht politische Aufklärung, sondern lediglich arbeiterische Verwirrung ins Land getragen.

Gegen das Blüthner-Orchester. Das Blüthner-Orchester hatte an der Verdringung des Reichs unter Kapellmeister Schein-pflug teilgenommen. Seine Mitwirkung sollte keine politische Beteiligung sein, sondern erfolgte auf Einladung der natürlich auch auf Verdienst angewiesenen Musiker. Wenn dieser Art künstlicher Pietät dem anerkannt tüchtigen Orchester und seinem Dirigenten in Berlin und anderen Städten mit Rärm und Wohlthaten geholfen wird, so wird sich das Blüthnerorchester in allen anhängig denkenden Kreisen trotz seiner Leistungen nichtsweniger durchsetzen können.

Berlin, Volkstempel. Inhaber dieses reißt im Auftrage des Volksbeauftragten Scheidemann. Schuh und Hülse ist ihm von allen Behörden usw. ausgehört war der Ausweis von dem Heimatschutz Berlin. Unterchrist unleserlich. Auf dem Zehrschein war erst 500 Kilogramm Freispieß bemerkt, die Zahl war durchschießen und dafür 100 Kilogramm gesetzt. Auf Bestehen erklärte Sander, die Hülse enthalte Arsen und Kupfer. Es erfolgte Beschlagnahme, Gesamtgewicht 65 Kilogramm. Die Hülse und Kupferblätter bestanden in 25 Kilogramm Schinken und Speck sowie 20 Kilogramm Frischfleisch.

Sander ist in Wittmund, im gesegneten Ostfriesland, wo bisher Schleifhandel und Hamstern eine Landplage waren, wohnhaft. Der Schinken, Speck und das Fleisch blieben hier und wurden an die unterernährte Arbeiterchaft verteilt. Die Vorratskammer des Volksbeauftragten Scheidemann konnte mit diesen herrlichen Delikatessen nicht aufgefüllt werden.“

Wie „spartakistische Umtriebe“ inzieniert werden!

Die Arbeitlosen in dem pommerischen Städtchen Demmin beschloßen am 18. in einer Versammlung eine Unternehmung von 6 M. für Verbräute und 4 M. für Ledige zu fordern. Kaum hatte die Versammlung begonnen, da wurde bekannt, daß im Rathaus eine Maschinenwelle aufgestellt und eine zum Versammlungsort führende Straße militärisch besetzt sei. Diese Mitteilungen erregten einen solchen Sturm des Unwillens, daß die Versammlung nur mit Mühe zu Ende geführt werden konnte. Es wurde eine „Inoffizielle Kommission“ gewählt, welche die Ursache der militärischen Aktion feststellen sollte. Angewiesene hatten aber etwa 30 Arbeitlose die Brückenbesatzung überrennt, einwaffnet und sich aus dem Rathaus gewaltsam bemächtigt, sowie Brandstiftung, Post und andere öffentliche Gebäude besetzt. Eine sofort einberufene Magistrats-Sitzung bewilligte die Forderungen der Arbeitlosen, worauf diese die erbeuteten Waffen an den Kommandeur der Wachen wieder überließen. Natürlich wollte kein Mensch wissen, wer die verfaßte militärische Aktion angeordnet hatte. Sie zeigt aber jedenfalls einmal recht klar, wie Dinge provoziert werden, welche die kapitalistische Presse als „spartakistische Umtriebe“ ausbreitet.

Bergnügungswut.

Die „Post“ gibt eine Notiz des Kriegswucheraufsichters wieder, die heftig gegen die Bergnügungswut gewisser Kreise protestiert, die Nacht für Nacht in Kabarets, Bars, Dilets und eleganten Tanzsalons tanzen und schlummern. Und sie läßt daran folgenden Erguß:

Die Gründe für das Schwanden von Anstand und Sitte liegen tiefer. Solange die sozialdemokratische Regierung durch Gewährung der Hauskreditprämien, Duldung des lebenslänglichen Generalstreiks und Erteilung des Wahlrechts an Almosenempfänger die öffentliche Moral immer tiefer herabdrückt, ist an eine Besserung nicht zu denken.

Wir wollen von der politischen Gemeinheit absehen, die den Arbeitlosen das Wahlrecht abzuspülen sucht. Wir wollen absehen von der politischen Dummheit, die nicht sieht, daß die private und öffentliche Moral durch den Krieg und durch die Kriegspolitik des bisherigen Regimes systematisch untergraben ist, durch diese Politik, die das Verbrechen, die Brutalität und die Lüge mit trohen Worten verherrlichte, die die anständigen Menschen zerbrach und ruinierte und den Schieber mit goldenem Eisenraub bezauberte. Wir wollen die „Post“ nur auf einer hanebüchene Frage festnageln, indem wir sie fragen: Wo ist das Kabarett, wo ist die Bar, in der die „Post“-Arbeitlosen schlummern und tanzen saß?

Arbeitlose — ja. Aber es sind die Sorten von „Arbeitlosen“, die ihr Leben lang ohne zu arbeiten andere ausbeuten, Schieber und Kapitalisten, kurz, die Abkommen und Leser der „Post“.

Änderung der Demarkationslinie in Polen.

Wie aus Weimar gemeldet, haben die Verhandlungen zwischen dem General Dubont und dem deutschen Vertreter über die Vorgehung der Demarkationslinie in Polen zu einer Änderung der ursprünglich festgelegten Linie nach der Richtung geführt, daß eine Anzahl überwiegend deutsch besiedelter Ortschaften westlich der Demarkationslinie zu liegen kommt. Insbesondere bleibt Birnbaum deutsch.

Damit wird die Richtigkeit unserer Mitteilungen bestätigt, daß mit den Polen durch Verhandlungen eine Verständigung herbeigeführt werden muß.

Sowjet - Litauen.

Am 20. Februar hat in Wilna eine Versammlung der litauischen Sowjets stattgefunden, in der folgender Beschluß gefaßt wurde:

Es wird bekannt gemacht, daß Litauen und Weißrussland sich zu einer sozialdemokratischen Republik vereinigen haben unter einer Arbeiter- und Bauernregierung. Die Regierung wurde beauftragt, sich sofort mit der russischen Sowjetregierung, der Ukraine und Estland in Verbindung zu setzen.

Die Kriegspfer Englands.

Die Gesamtverluste des englischen Heeres betragen nach einer Meldung des „Newspaper“ 30 807, koloniale und indische Offiziere 7602, britische Mannschaften 400 832, koloniale und indische Mannschaften 168 708, an verwundeten britischen Offizieren 78 132, kolonial und indische Offiziere 17 125, britische Mannschaften 1 632 032, koloniale und indische Mannschaften 421 402, an Vermissten vermutlich 835 742 (7) Offiziere und Mannschaften.

Lebensmittelgebot an die Entente.

Berlin, 20. Februar. (W. T. A.) Mit Rücksicht auf die außerordentliche Notlage in Deutschland und den Mangel an Milch für Kinder und Mütter hat die deutsche Regierung die allierten und assoziierten Regierungen in einer Note vom 25. Februar dringend gebeten, ihre Zustimmung dazu zu geben, daß die in den Abmachungen über das Lebensmittelabkommen in Spa vom 8. Februar und in Triest vom 16. Februar vorgesehene unergänzliche Lieferung von etwa 30 000 Tonnen Schweinefleisch und -fett, sowie von 200 000 Risten landeseigener Milch sofort zur Ausführung gelange, ohne den Abschluß des Schiffsverkehrsabkommens abzuwarten. Die deutsche Regierung betont in der Note besonders, daß die Zahlungen, die für diese Lebensmittel bereits vereinbart wären, schon in der nächsten Zeit fällig seien und weist darauf hin, daß für die in Betracht kommenden Waren ein nennenswerter Schiffsverkehr nicht in Frage komme, da, wie mitgeteilt worden sei, die betreffenden Lebensmittel in überwiegend im Teil in Rotterdam lagern. Angesichts der in erschreckendem Maße zunehmenden Sterblichkeit

der Kinder hat die deutsche Regierung die Allierten gebeten, es nicht, die Zufuhr von 20 Tonnen Lebertran zu gestatten und ihre Verschiffung nach Deutschland zu beschleunigen in die Wege zu leiten zu wollen.

Die Einigungsverhandlungen in Moskau.

Berlin, 24. Februar. In den Verhandlungen der Sowjetregierung mit der in Moskau eingetroffenen Delegation der Sozialrevolutionäre teilt ein Funkgespräch aus Moskau folgendes mit:

In der zweiten Beratung zwischen den Delegierten der Sowjetregierung und der Ordnung der rechten Sozialrevolutionäre und Vertretern des Komitees der früheren konstituierenden Versammlung führte Kamenev aus, daß es zwecks geschlicher Anerkennung der sozialrevolutionären Partei nötig wäre, von ihr eine genaue und bestimmte Erklärung zu erhalten, aus der sich die Stellung der Partei ergäbe und aus der ersichtlich wäre, in welchem Umfange die arbeitenden Massen Russlands tatsächlich auf die aktive Mitarbeit der Sozialrevolutionäre rechnen könnten. Die Abgeordneten der Sozialrevolutionäre erklärten demgegenüber die Ansicht, daß die Resolution der Parteikonferenz bereits genüge, um die Partei gefestigt anzuerkennen, und Malinow fügte hinzu, daß die Arbeiter, Oberste und sozialistische Konferenzen der sozialrevolutionären Partei sich entschieden gegen eine fremde Einmischung und gegen einen Vorschlag mit bürgerlichen Parteien ausgesprochen hätten. Kamenev gab die Möglichkeit der Kritik an einzelnen Bestimmungen der Sozialpolitik zu, bestand aber darauf, eine genau präziserte Erklärung und aktive Beweise dafür zu erhalten, daß die sozialrevolutionäre Partei ihre Politik wirklich geändert habe. Die Verhandlungen der Sozialrevolutionäre verbrachten, Beratungen über die ihnen angebotene Erklärung zu pflegen, worauf die Sitzung geschlossen wurde.

Amerikanische Kriegsgewinnsteuer.

Amsterdam, 23. Februar. Das Reutersche Bureau meldet aus Washington, daß Wilson die Kriegsgewinnsteuer, durch die den Kriegsgewinnern eine Steuer von sechs Milliarden Dollar auferlegt wird, unterzeichnet hat.

Gewerkschaftliches.

Für das Räteystem.

In einer Branchenversammlung der Maschinenarbeiter des Holzarbeiterverbandes fand nach einem beifällig aufgenommenen Vortrage Kowalski über Räteystem oder Rationalversammlung eine sehr energiegeladene Aussprache statt. Die Diskussionsredner stellten sich fast ausnahmslos auf den Boden des Vortragenden. Die Politik der General-Kommission, in der Arbeitergemeinschaft mit dem Unternehmern die Arbeiterinteressen zugleich mit den Erzeugnissen der Revolution zu verzeihen, fand damit eine indirekte, aber schärfste Kritik. Einmütig wurde einer Resolution zugestimmt, in welcher sich die Versammlung mit aller Entschiedenheit zum Räteystem bekannte und dessen Verankerung in der Verfassung forderte.

Zu Delegierten für den Verhandlungstag wurden Müller und Thielemann vorgeschlagen. Letzterer erstattete Bericht über eine Konferenz mit dem Vorstande der Holzarbeitergenossenschaft. Es hat sich dabei im wesentlichen um die Tätigkeit der Aufsichtsberechtigten gehandelt. Diese hatte in den letzten Kriegsjahren aus Mangel an geeigneten Kräften erheblich nachgelassen. Ihre Wirksamkeit mußte besonders auch deshalb gleich Null werden, weil die wichtigsten Schutzbestimmungen von der Regierung für die Kriegszeit aufgehoben waren. Die Paßt und Schwere der Unfälle ist demzufolge gewaltig in die Höhe gegangen. Der Mangel an geübten Arbeitern und deren Erziehung durch Frauen und Jugendliche trat deutlich in Erscheinung. Trotzdem nun die Schutzbestimmungen wieder voll in Kraft getreten sind, hat sich wenig geändert. Deshalb ist von den Vertretern der Arbeiter die Mitwirkung von Vertrauensleuten der Beschäftigten bei den Betriebsrevisionen gefordert worden. Die Verlagsgenossenschaften sind bereit, darauf einzugehen. Die Verlagsammlung beschloß, die Verhandlung zu beantragen, zwecks einheitlicher Regelung mit den Vorständen sämtlicher Verlagsgenossenschaften und Gewerkschaften in Verbindung zu treten.

Die Arbeiter und Angestellten der Schulbuchverlage betriebe nahmen in einer eindrucksvollen Versammlung am 25. d. M. ein Referat des Genossen Wägel (Rechtssozialist) vom Berliner Volksgenossen über die Arbeiterrechte entgegen, als deren Aufgabe die Wahrung der wirtschaftlichen Interessen aller Kopf- und Handarbeiter bezeichnet wurden. Eine in diesem Sinne gehaltene Resolution fand einstimmige Annahme. Die Versammelten erklärten ferner, daß sie geschlossen hinter dem Arbeiterrat und den mit erweiterten Rechten ausgestatteten Arbeiter- und Angestelltenvereinigungen stehen.

Die Arbeiterräte der Gaswerkgehilfen hatten eine Versammlung nach den Voraussetzungen einberufen, um über ihre Tätigkeit zu berichten, und sich zur Neuwahl zu stellen. Vorher hat Ugi vom Volksgenossen ein lautes von lebhaftem Beifall begleitetes Referat über: „Die Gewerkschaften und die Arbeiterräte.“ Obgleich ein Beschluß nicht gefaßt wurde, konnte kein Zweifel sein, daß die Mehrheit der Versammelten entschieden auf dem Boden eines mit wirtschaftlicher und politischer Macht ausgerüsteter Räteystems stand. Da sich die Aussprache sehr weit hinausgezogen hatte, wurde anschließend daran sogleich zur Wahl geschritten. Es entspann sich eine Gedächtnisdebatte über die Zulässigkeit der Wahl, da der Wunsch zu wünschen übrig ließ. In Hinblick auf die Vollziehung der U. u. S. -Stäte erklärte sich die Versammlung für beschlußfähig. Gewählt wurden vierzehn Unabhängige und sieben Kommunisten.

Tarifverhandlungen für Rechtsanwaltsangestellte.

Der Deutsche Anwaltsverein hat dem Verband der Bureauangestellten Deutschlands durch Brief vom 18. Februar 1919 mitgeteilt, daß er zur Aufnahme von Tarifverhandlungen bereit ist. Der Verband der Bureauangestellten hatte dem Deutschen Anwaltsverein Forderungen unterbreitet und ihm zur Neuherung hierauf eine Frist bis Ende Februar gestellt. Darauf ist jetzt nach monatelangem Stillstehen die Bereitswilligkeitserklärung des Deutschen Anwaltsvereins eingegangen. Die Tarifverhandlungen werden in allerhöchster Zeit aufgenommen.

Gewerkschaft der Rechtsanwaltsangestellten.

Durch die Tagespresse geht die Nachricht von dem Zusammenstoß dreier Verbände von Rechtsanwaltsangestellten zu einer Gewerkschaft. Diese Nachricht ist falsch. Der durch Verbandsbeschlüsse neugegründete Verband ist keine Gewerkschaft, er hat in seiner Satzung keine Bestimmungen über Anwendung gewerkschaftlicher Kampfmittel, gewährt auch keine Unterstützung bei etwaiger Arbeiterunterstützung oder Ratgeberung. Die Gewerkschaft der deutschen Rechtsanwalts- und Notariatsangestellten ist der Verband der Bureauangestellten Deutschlands Berlin O. 27. Dirschen 4.

Groß-Berlin.

Wahlbetrachtungen.

Ein alter Parteigenosse schreibt und:
 „Bei den früheren Wahlen habe ich jedesmal für einen Sozialdemokraten gestimmt in der naiven Hoffnung, dem Sozialismus einen Schritt näher zu kommen. Sehr viele von solchen gewählten „Sozialdemokraten“ haben in den vier Kriegsjahren den Sozialismus verleugnet — verraten. Endlich kamen Neuwahlen. Das Parteiprogramm, der „Vorwärts“, freilich täglich zweimal wie eine alte Kantippe, in der Meinung eines Lohgerbers, dem die Kelle fortzuschwimmen. Das Wort, das man länger als ein Jahrzehnt gelesen, für das man einst täglich agitiert hat, mußte man endlich auch abstellen wegen seiner Scheinweisheit, die von einem Redakteur — Kuttner — verantwortet wurde, der vor einigen Monaten seine kriegsbeschädigten Kameraden aufforderte, die Angehörigen vom Eisernen Kreuz an Exilip zu senden; derselbe „Vorwärts“-Redakteur hat aber als Führer von sogenannten Regierungskruppen beim Bruderkampf das Eisene Kreuz 1. Klasse getragen. Das „kleine Grüppchen“ der Unabhängigen Sozialisten, dem nur eine Zeitung hier zur Agitation diente, wuchs täglich, von einer Wahl zur anderen. Der ehemalige Kriegsberichterstatter Roske und andere Herren, die einst beim fünf-Uhr-See Bekümmert sich amüsierten, während andere in „Industrie“- und „Verlag“-Büros saßen, diese Herren Genossen lieferten uns täglich soviel Material, daß man bis zu den Kommunalwahlen daran mit Erfolg agitieren konnte, so daß auch dem „kleinen Grüppchen“ jetzt die härteste sozialistische Partei in Groß-Berlin geworden ist. Nur können wir die Partei Roske-Scheidemann nicht mehr die „Reichspartei“ nennen. Diejenigen Genossen, die ehelich den Sozialismus erlernten und ganz noch erleben wollen, verlassen zahlreich die „große, die mächtige Partei“ und schließen sich der Unabhängigen Partei an; sie bestellen die „Freiheit“ und fühlen sich wieder wohl mit gleichgesinnten Genossen in dem Ziel, den Sozialismus bald in der Praxis kennen zu lernen, trotz alledem und alledem.“

Die Freude, die sich in dieser Aufschrift widerspiegelt, ist allgemein unter den Parteigenossen, besonders unter den älteren, die die Partei mit aufgebaut haben und nach ihrem Zusammenbruch im Kriege fast an unserer Sache verzweifelt. Jetzt ist ihnen wieder frei ums Herz, jetzt sollen sie wieder Mut und Glauben an den endgültigen Sieg des Sozialismus. Wie haben sie aber auch gearbeitet für die Partei, früher und jetzt wieder. Das sei ihnen gedankt. Noch aber erwarten sie große Aufgaben. Viele Hindernisse müssen noch überwunden werden. Die Älteren werden auch dabei noch mithelfen. Ihr Beispiel aber muß anfeuernd wirken auf die Jungen, auch auf die Frauen, die ja jetzt ein reiches Betätigungsfeld vor sich haben. Jeder solge dem Rufe der Partei, wenn es gilt zu arbeiten und zu agitieren. Dann werden wir zum Ziel kommen, trotzdem und alledem.

Besten Dank!

In der Pankower „Neuen Vorort-Zeitung“ erschien am 14. Februar folgendes „Gedicht“:
 „Arbeitsloser“ — ein toller Mensch im freien Staat! —
 „Arbeitslos“ — seiner Leistung allerhöchste Tat! —
 „Streite machen“ — zu jeder Tagesstunde! —
 „Wald her, brüllen“ — mit lautem, stolzem Munde! —
 Den Faustpfeil schnell auf die Boden bringen, —
 Durch stromende Bürgerwehr Wank's gelingen! —
 Der Wähler.“

Unsere Pankower Genossen haben dafür gesorgt, daß dieses Gedicht recht große Verbreitung fand, wohl mehr, als dem Verfasser und der Redaktion lieb war. Der Erfolg ist: Die „Faustpfeile“ wurden auf die Boden gedruckt und haben am Sonntag für unsere Liste gestimmt. Für die geleistete Wahlhilfe haben unsere Genossen in einem Ehrenbrief an die „N. V. Z.“ bereits ihren besten Dank ausgesprochen.

Die Befragung des „Vorwärts“ vor Gericht.

Die letzten Verhandlungen vor der 8. und 10. Strafkammer des Landgerichts I gegen Befragungsmannschaften des Polizeipräsidiums und des „Vorwärts“ boten wenig neue Gesichtspunkte. In dem Prozeß gegen zehn Angeklagte, die am Morgen des 12. Januar bei der Ermittlung des Polizeipräsidiums gefangen genommen wurden, wurde durch die Zeugenaussage des ebenfalls in Untersuchungshaft befindlichen Genossen Julius Braun aufs Neue die bekannte Tatsache erörtert, daß bei einigem guten Willen der Regierung das Blutvergießen hätte vermieden werden können. Braun hat vom Sonnabend zum Sonntag dreimal auf der Reichsstraße mit Morierungsdockern ein zum Zweck der Uebergabe des Polizeipräsidiums verhandelt. Da Braun von Scheidemann nicht als zum Abklären der Verhandlung kompetent angesehen wurde, sollten am Sonntag drei weitere Parteigenossen, um die Uebergabe herbeizuführen. Bis dahin sollte das Polizeipräsidium unter den besonderen Schutz des Berliner Magistrats gestellt werden. Aber die Absicht der Gewalttäter, es zum Blutvergießen kommen zu lassen, ließen alle Verhandlungspläne scheitern. Die Verteidiger Dr. Weinberg und Liebschütz wiesen auf die politischen Zusammenhänge mit der Amtsenthebung Gidhorns hin. Die Annahme, die jetzige Regierung sei schon konsolidiert, bezeichnete Rechtsanwalt Liebschütz unter Hinweis auf die Vorgänge in Bremen, im Ruhrgebiet, in Baden, Waben und Sachsen als eine trasse Verkennung der tatsächlichen Verhältnisse.

Es wurden verurteilt: Fritz Götsch zu einem Jahr, Dobricit, Gronowski, Gebhardt, Schuboth

und Wilhelm Vogt zu je 9 Monaten und August Reiner zu 7 Monaten Gefängnis; Georg Kaufmann und Georg Rander sprach das Gericht frei.

Vor der 10. Strafkammer kamen zehn Angeklagte zur Aburteilung, die zur „Vorwärts“-Besatzung gehörten und sich wegen Aufrechterhaltung und Landfriedensbruch zu verantworten hatten. Der Vorsitzende ist aus dieser Verhandlung, daß der Staatsanwalt für die im technischen Betrieb des „Vorwärts“ beschäftigten gewesenen Angeklagten das Verbot des Auftrags fallen ließ. Vor der Urteilsverkündung kam es zu einem Zusammenstoß zwischen den Verteidigern und dem Vorsitzenden. Rechtsanwalt Frankl hatte von einem Angehörigen eines Angeklagten ein kleines Paket mit Brot angenommen, um es dem Angeklagten auszuhandigen, wogegen der aufsehende Gerichtsdienst protestierte. Vom Vorsitzenden auf das Verbot dieses Brotes aufmerksam gemacht, verbot sich Rechtsanwalt Frankl diesen Einriff in die Rechte des Verteidigers und Angeklagten, wo es bekannt sei, wie die Untersuchungsgefängnisse Hungerqualen ausgesetzt seien. Zu gleicher Zeit brachte Dr. Rosenfeld zur Sprache, daß die Sprechtzeit der Angeklagten für Besuche auf fünf Minuten herabgesetzt sei, während allen übrigen Untersuchungsgefängnissen zehn Minuten zugewiesen seien. Diese Einschränkung soll auf einen besonderen Verstoß des Vorsitzenden der beteiligten Strafkammer zurückzuführen sein. Der Vorsitzende entschuldigte diese Maßnahme mit der großen Zahl der Untersuchungsgefängnisse. — Das Urteil lautet bei Grüne, Steinike, Lüde, Böhle, Kiermonte und Eisenberg auf Freipruch, Willi Schulz und Karl Schulz erhalten je 8 Monate, Boges und Nawroth je 9 Monate, und Leder 7 Monate Gefängnis! Auch das Gericht stellte sich hier das erste mal auf dem Standpunkt, daß die nur technisch an der Herstellung des „revolutionsären Vorwärts“ beteiligten Angeklagten von der Anklage des Auftrags usw. freizusprechen sind.

Stadtverordnetenwahl Spandau

Sonntag, den 2. März, von 9 Uhr morgens bis 8 Uhr abends.

Unabhängige sozialdemokratische Partei

Liste Hornig—Köppen.

Eine Hege gegen die republikanische Soldatenwehr.

Die „Vol. Post.“ Nachrichten“ des Herrn Hofrichter übertrafen sich von Tag zu Tag an neuen Hege gegen alles, was sich nicht dem Gebote der mehrheitlichsozialistischen Regierungsmänner und ihrer Anhänger fügen will. Neuerdings wird zur Abwechslung gegen die Berliner republikanische Soldatenwehr gehetzt. Diese Truppe, die als eine Ordnungstruppe der Regierung gebildet war, ist mit den Taten der Regierung auch nicht mehr einverstanden und es macht sich ein Bestreben geltend, sich auch dort mehr nach links zu orientieren. Dem Kommandanten der R. S. W. ist vor kurzem von den Offizieren der Wehr ein Mißtrauensvotum ausgestellt worden, weil er sich diesen Bestrebungen entgegenstellt hat. Die „V. P. N.“ haben nun Alarm und Schrecken die Kommandantur auf diese Dinge einmal gründlich zu befehlen, denn es könne ihr doch nicht gleichgültig bleiben, ob Truppen, die unter ihrem direkten Befehl stehen, eine Politik treiben, die eher gegen als für die Regierung ist.

Der Erfolg dieser Hege wird nicht lange auf sich warten lassen. Schon vor einigen Tagen konnte man aus Briefen ersehen, daß die republikanische Soldatenwehr die Gunst der Regierungskräfte verloren hat. Und ebenso wie die Volksmatrosen-Tirpitz und die Sakerellbroschen wird man auch die republikanische Soldatenwehr demnächst auflösen. Die Politik der Regierung hat es glücklicherweise dahin gebracht, daß ihr Ansehen auch innerhalb der vorgezeichneten Truppenteile immer mehr verloren ging. Diese, die zum Schutze der Republik und zum Schutze der Regierung gebildet waren, sind der Regierung nicht mehr sicher genug. Sie kann sich nur noch verlassen auf die Soldnerscharen, die von gegenrevolutionären Elementen angeleitet sind und von diesen befehligt werden. Das besagt genug. Bei allen republikanisch und sozialistisch Denkenden hat die jetzige Regierung jeden Kredit verloren und sie wird es noch einsehen lernen, daß es mit ihrer Herrlichkeit bald vorbei ist.

Proteste der Arbeiterschaft.

Die Arbeiterräte der Deereswerkstätten Spandau beschäftigten sich in ihrer Sitzung am Sonnabend, den 22. Februar, mit den Vorgängen in München und nahmen folgende Resolution an: „Die Arbeiterräte der Deereswerkstätten Spandau (organisierte Sozialdemokraten aller Parteirichtungen) verurteilen auf das Schärfste die Mordtaten in München, sie beklagen die unglücklichen Opfer auf's Heftigste.“

Nicht die rohe Gewalt einer mißgewalteten Soldateska ist geeignet den Aufbau des Staates vorzunehmen, sondern die alten Waffen des sozialistischen Proletariats sind die geeignetsten Mittel hierzu. Die höchste Zeit und Pflicht der Regierung, solche Vorgänge wie in Berlin, Bremen, München und im Ruhrgebiet zu verhindern. Es erwarten die Arbeiterräte der Deereswerkstätten von der Reichsregierung die sofortige Zurückziehung der Truppen aus dem Ruhrgebiet. Nur dann ist es möglich, durch eine gewählte Kommission aus allen Parteirichtungen die Ordnung her-

zustellen und den neuen Aufbau unseres sozialistischen Staates herbeizuführen.

Die Funktionäre der Firma Niebe übermitteln uns folgende Resolution, die in der Betriebsversammlung vom 23. Februar 1919 einstimmig angenommen wurde: „Die Arbeiterschaft der Firma Niebe nimmt mit großer Trauer Kenntnis von dem an dem Genossen Eider begangenen Mordverbrechen. Sie betrachtet diesen Akt als ein sicheres Zeichen der bestehenden Gegenrevolution und erheben klammernden Protest dagegen. Dieser, sowie der noch ungeklärte Mord an den Genossen Karl Liebmecht und Rosa Eugenburg, sowie die letzten politischen Ereignisse führen dazu, das deutsche Proletariat aufzurufen. Ferner fordert die Betriebsversammlung die sofortige Demobilisierung des Heeres.“

Die 18er Kommission als Vertretung der Bekleidungs-fabrik Spandau eine Betriebsversammlung statt, Tagesordnung: Nationalversammlung oder Räteystem. Von dem Besonderen wurde das Verhalten der Ebert, Scheidemann, Roske einer ideologischen Unterzogen und darauf hingewiesen, daß diese Herrschaften nach ihrem Bündnis mit der Kapitalistengesellschaft nicht mehr das Recht haben, sich Sozialdemokraten zu nennen. Ihre ganze Politik läuft auf eine Abwärtung der Errungenschaften der revolutionären Arbeiterschaft hinaus, indem sie die Arbeiterräte, wenn nicht ganz beseitigen, doch so zur Bedeutungslosigkeit herabdrücken, daß von einem Einfluß, ganz zu schweigen von der zur Festigung der Revolution notwendigen Gefühlsgehalt der Arbeiterräte, gar nicht mehr die Rede sein kann. Systematisch wird das revolutionäre Proletariat von den Landknechten der Ebert, Scheidemann, Roske, den Weichgardisten, niedergebühelt, um den Kapitalisten wieder gefügige, ungemessene Arbeitstiere zur Verfügung stellen zu können. Den Arbeitslosen werden die Bezüge gekürzt, um diese zur Aufnahme von Arbeit zu zwingen. Wenn sie sich dagegen wehren, werden sie als arbeitslos bezeichnet; die wirklichen Arbeitsscheuen, das sind die Landknechte die Weichgardisten der Ebert, Scheidemann-Roske, für die es auch auf ein paar Millionen mehr oder weniger nicht ankommt, die ausreichend versorgt und gelohnt werden. Die Parte des Referenten stangen in der Ermahnung aus, fest zusammenzukommen und einzustehen mit allen Mitteln für die revolutionäre Vertretung der Arbeiter, die Arbeiterräte.

Folgende Resolution wurde nach kurzer Diskussion angenommen:
 „Die 11 000 in der Munitionsfabrik Spandau beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen aller politischen Richtungen erheben schärfsten Protest gegen die Abwärtung des Streiks der Grubenarbeiter. Sie sprechen den freilebenden Grubenarbeitern ihre vollste Sympathie aus und verlangen die sofortige Zurückziehung der Weichgardisten aus dem Ruhrgebiet, sowie aus allen Industriezentren, insbesondere aus Berlin. Der jeder Handlung der Regierung geht immer wieder die ideologische Fressgabel der Sozialisten und Aufgebuiteten und des weitgehenden Entgegenkommens gegenüber den Kapitalisten. Sie wird bei diesen Verhandlungen von der Nationalversammlung in jeder Weise unterstützt. — Darum erhebt die gesamte Arbeiterschaft die einstimmige Forderung: Alle Macht den A. und S. Räten.“

Streifenperre. Die Wagnische zwischen Gensdres und Kaiser-Wilhelm-Strasse, in wegen Ausbau der Banarubensüberführung der Schnellbahn Grundbesitzer — Neufuß für den Wagenverkehr gesperrt.
 Hund für Kulturpolitik. Am Dienstag, 4. März, abends 10 Uhr, spricht im Lesingmuseum, Brüderstr. 18, Frau Schwan-Schneider über „Die Haager Friedenskonferenzen und der Weltkrieg“.
 Arbeiter-Athleten-Bund. 4. Kreis (Groß-Berlin). Am Montag, den 3. März, abends 8 1/2 Uhr, findet im Lokal „Alt-Berlin“, Blumenstr. 10, eine Kreis-Generalsammlung statt. Vereinsmitgliedskarte legitimiert.

Aus den Organisationen.

Wahlverein Treptow-Daumfuhlenweg N. S. P. D. Die letzte Mitgliederversammlung nahm folgende Anträge zum Beschlusse an: 1. Als 1. Punkt auf die Tagesordnung des Parteitages zu setzen: Das Räteystem. Referent: Gen. Däumig. 2. Ein neues Organisationsstatut für die Partei zu beschließen, da das alte überkommene Statut nicht mehr den Bedürfnissen einer revolutionären demokratischen Partei entspricht. 3. Schaffung eines Kommunalprogramms. Einen Antrag zur Kreisgeneralsammlung: Eine Zusammenkunft der Gemeindevorsteher des Kreises zur Besprechung von Richtlinien, für eine einheitliche Tätigkeit in den Kommunen zu veranstalten. Als 2. Vorsitzender wurde Gen. Dabergoch-Treptow gewählt.
 Tempelhof. Sonnabend, 1. März, abends 7 1/2 Uhr, in der Aula des Realgymnasiums, Kaiserin-Augustastr. 19/20, 2. Punkt: Abend: Slavische Kunst. Ausführende: Frau Elise Landshoff (Gesang), Alfred Beiter (Regitation), Dr. James Simon (Klavier), Finirittsforten (inkl. Programm und Garderobe) 1 R., sind in den Verkaufsstellen der Konsumgenossenschaft, Perltstraße und Friedrich-Wilhelmstr. 15, sowie bei den Bezirksführern erhältlich. Der Bildungsausschuß.
 Verantwortlich für die Redaktion Alfred Wielepp, Reukölln. — Verlag „Die Freiheit“ G. m. b. H., Berlin. — Druck der Linden-Druckerei und Verlagsbuchhandlung m. b. H., Schiffbauerdamm 10.

Wichtige Mitteilung für alle Leser der „Freiheit“

Alle Leser der „Freiheit“ erhalten gegen Einlieferung des nebenstehenden Gutscheins ein gratis-Probepfeil der rühmlichst bekannten illustrierten Zeitschrift „Welt und Wissen“. Dieses bringt von e r e n e Schriftsteller n gemeinverständlich Abhandlungen aus allen Wissenschaften. Jedes Heft enthält zirka 20 Artikel, z. B.: Der Mensch in der Vorkriegszeit.

— Wenn die Erde erzittert. — Wie erhalte ich mich gesund. — Der Wille und dessen Gymnastik. — Das Leben unter Wasser. — Fernphotographie. — Liebe und Ehe bei den Naturvölkern. — Der Mensch und die Welt. — Bläuliche Luft. — Einfluß der Lebensweise auf das Menschenalter. — Verschwindende Städte in der Sahara. — Eine Fahrt im Unterseeboot usw.

Außerdem erhält jeder Abonnent eine große illustrierte Hausbibliothek gratis und zwar zu jedem Jahrgang drei Werke. Damit jeder Leser darauf abonnieren kann, ist der Preis auf nur 30 Pf. pro Heft festgesetzt.

Gutschein für die Leser der „Freiheit“

An den Verlag „Welt und Wissen“ Berlin-Schöneberg, Am Park 11.

Ich bestelle hiermit ein Probepfeil kostenlos

Name: _____

Ort: _____

Am 24. Februar 1919 endlich ist nach langer 10-jähriger Krankheit meine liebe, unvergessliche Frau, meine liebe Mutter, Schwester, Schwägerin und Tante, Frau

Marie Kirchhöfer
geb. Müller

am 20. Febr. 1919.

In tiefer Trauer
Paul Kirchhöfer
Gautschen und Märchen.

Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 1. März, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Kapelle der Götter-Gräber in Götter-Gräber aus statt.

Wohnt: Köpenick, Götter-Gräber 17. Uhr.

Achtung! Achtung!

Arbeitslose! Pankow!

Sonnabend Mittag 1 Uhr

Endet im Kurfürsten eine

Arbeitslosenversammlung

statt mit der Tagesordnung:

Stellung zur Kürzung unserer Arbeitslosen-Unterstützung. — Die Verleumdung der Arbeitslosen durch die mehrheitlichsozialistische und bürgerliche Gesellschaft. — Freie Aussprache.

Der Einberufer:
Otto Maibauer.

Pankow

Am Freitag, den 28. Februar abends 7 Uhr

im Kurfürsten, Berlinerstr. 102

Öffentliche Volksversammlung

Thema:

Nationalversammlung — Räteystem

Freie Aussprache.

Die Kommunistische Partei,
der Beschlusse.

Spezial-Behandlung

von Geschlechts-, Haut- u. Rarmliden

Jeder Art bei Männern und Frauen, spez. Venerale (chronische) Harleiden u. Auslässe, norvise Schwäche usw., Ehrlich-Hata-Kuren, Blutuntersuchung, Licht- und Finsen-Behandlung, Quecksilber-Entziehungs-Kuren, Eigenkur-Bad für elektrische und medizinische Bilder, Ome Herabsetzung, Getrennte Räume für Damen und Herren.

Aerztlich geleitete Heilanstalt.

Löser, Münzstr. 9, nahe Alexanderplatz, 9-1. 4-8, Sonntags 9-1